
Politische Öffentlichkeit in der Habsburgermonarchie

Rezension von: Österreichische Akademie der Wissenschaften, *Die Habsburgermonarchie 1848-1918*, Band VIII, *Politische Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft*, hrsg. von Helmut Rumpel und Peter Urbanitsch im Auftrag der Kommission für die Geschichte der Habsburgermonarchie, Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien 2006, zwei Teilbände, 1.491+1.338 Seiten, € 308.

Das Erscheinen des ersten Bandes des Monumentalwerks über die Geschichte der Habsburgermonarchie, der sich mit der „Wirtschaftlichen Entwicklung“ befasst, liegt nun schon 34 Jahre zurück. Es folgten die Bände „Verfassung und Rechtswesen“ (1975), „Völker des Reiches“ (1980), „Konfessionen“ (1985), „Bewaffnete Macht“ (1987), „Internationale Beziehungen“ (1989/93) sowie „Verfassung und Parlamentarismus“ (2000).

Im Mittelpunkt des siebenten Bandes stehen das Ringen um eine geschriebene, der föderalistischen Struktur des Gesamtstaates, den nationalen Zielsetzungen und der sozialen Entwicklung angemessene Reichsverfassung sowie die parlamentarische Verfassungswirklichkeit auf Reichs- und Landesebene. Die parlamentarische Arbeit war geprägt von Konflikten, aber auch von Kompromissen und fruchtbarer legislativer Arbeit. In den Parlamenten fanden wichtige Lernprozesse statt, die auf eine langsame Übernahme der Regeln des westeuropäischen Liberalismus hinausliefen – und dies gegen den hinhaltenden Widerstand einer gesellschaftlichen Elite, welche in Bezug auf eine demokratische Öff-

nung des politischen Systems große Vorbehalte hatte.

Der tatsächliche Prozess der Demokratisierung fand zum Teil in den Parlamenten und Landtagen statt, zum Teil aber auch in gesellschaftlichen Bereichen jenseits von Verfassungsdiskussion und Parlamentsarbeit. Die Politisierung der Massen erfolgte in politischen und kulturellen Milieus vor und jenseits der organisierten Politik, im Milieu von Vereinen, Interessenverbänden und lokalen Parteiorganisationen. Die lokale Presse belebte diese Milieus, trieb politische Mobilisierung und Aufklärung voran. Vereine und Redaktionen bildeten Rekrutierungsfelder für die Parlamentselite.

Der vorliegende Band VIII bietet die erste Gesamtdarstellung der politischen Öffentlichkeit in der Habsburgermonarchie als Ausdruck zivilgesellschaftlicher Aktivitäten, als Instrument zur Durchsetzung privater Interessen in der Politik, jenseits von Regierung und Parlament, geschützt durch Grundrechte und Rechtsstaat.

Schwerpunkte der Darstellung sind erstens die Organisationsformen der politischen Öffentlichkeit, also Vereine und Interessenverbände als politisierter Teil der Zivilgesellschaft und politische Parteien als Bindeglieder zwischen Gesellschaft und Staat, sowie zweitens die Presse als Mitgestalter und Ausdruck der öffentlichen Meinung. Vereine bildeten oft Vorstufen und Vorfelder der Parteien, häufig wurden Parteien von Presseorganen initiiert.

Die AutorInnen beschränken sich auf die organisierte, gesetzlich normierte politische Öffentlichkeit. Nicht näher verfolgt werden die vielfältigen spontanen, allgegenwärtigen Formen politischer Öffentlichkeit, von den Diskussionen im Kaffeehaus bis zu den

Karikaturen der Zeitungen.

Einer der beiden Herausgeber, Helmut Rumppler, geht in seiner Einleitung („Von der ‚bürgerlichen Öffentlichkeit‘ zur Massendemokratie“) der Frage nach, inwieweit sich in der Habsburgermonarchie das liberale Modell der politischen Öffentlichkeit verwirklichen konnte.

Die Entstehung einer bürgerlichen Öffentlichkeit bedeutete für den Vielvölkerstaat nicht nur eine Modernisierungschance, sondern auch eine Gefahr: Zivilgesellschaftliche Aktivitäten verschärften soziale und politische Konflikte, der Wandel von der konstitutionellen Monarchie zur Massendemokratie (ethno-)nationalistischer Ausprägung stellten den Fortbestand der Habsburgermonarchie in Frage. Existierte eine politische Öffentlichkeit im Sinne einer kritischen Instanz? Rumppler antwortet mit „Nein, aber ...“. Dem langen Schatten des Staates entsprach die Schwäche der autonomen gesellschaftlichen Gegenwart. Eine kontrollierende Gegenöffentlichkeit kam nicht zustande. Aber, schränkt der Autor ein, alle Elemente einer demokratischen Entwicklung bestanden: Grundrechte, Rechtsstaat, Rechtsraum für politische Opposition, freie Presse, Minderheitenschutz.

Rumppler skizziert, auf verschiedene theoretische Ansätze zurückgreifend, die Entstehung der bürgerlichen Öffentlichkeit in einer noch stärker autoritär regierten Monarchie und den Wandel zur Massendemokratie:

Viele Organisationen der späteren politischen Öffentlichkeit wurzelten schon im Vormärz. Während der Revolution 1848/49 schossen zivilgesellschaftliche Aktivitäten aus dem Boden. Die Vereins- und Pressepolitik des Neoabsolutismus übte repressive Toleranz aus. Die liberale politische Öffent-

lichkeit vielfältigen ließ sich durch die wirtschaftlichen Reformen zähmen, das Bürgertum zog sich aus der politischen Öffentlichkeit zurück, zerfiel in nationale und soziale Fraktionen. In den liberalen 1860er Jahren erfolgte ein Abbau der Beschränkungen der Meinungs- und Pressefreiheit. Doch die liberalen Gesetze fanden keinen Widerhall in einer breiten liberalen politischen Öffentlichkeit, da eine solche nicht (mehr) existierte.

Nach 1873 begann der Wechsel von der Parteien- zur Massenpolitik, in den 1890er Jahren beschleunigte er sich. Die nachliberalen Massenbewegungen der Sozialdemokraten, der Christlich-sozialen und der populistischen Ethno-Nationalisten waren Ausdruck und Initiatoren der Verbreiterung der Basis der politischen Öffentlichkeit zugleich. Der Wandel vom Parteien- zum Volksparlamentarismus fand also schon vor der Einführung des allgemeinen (Männer-) Wahlrechts 1907 statt.

Rumppler resümiert, dass sich auch in der Habsburgermonarchie eine Kommunikationsrevolution ereignet habe, welche die Wende von der Ära des Konstitutionalismus zur Massendemokratie eingeleitet und mitgestaltet habe. Politische Öffentlichkeit als Aktionsform der Zivilgesellschaft gab es in allen Phasen des Zeitraums 1848-1918. Die Habsburgermonarchie ging – wie im wirtschaftlichen und im verfassungspolitischen Bereich – auch in der Sphäre der medialen Mobilisierung und der Öffnung der Gesellschaft den „Sonderweg einer konservativen Modernisierung“. (S 14)

Die elf Kapitel des ersten Teilbandes („Vereine, Parteien und Interessenverbände als Träger der politischen Partizipation“) befassen sich u. a. mit der Prägung der politischen Öffentlichkeit durch die Ideologien, mit den

Vereinen, Interessenverbänden und Parteien in den einzelnen Kronländern der österreichischen Reichshälfte, mit den entsprechenden Organisationen, die auf cisleithanischer bzw. transleithanischer Ebene tätig waren, und jenen der Nationalitäten der ungarischen Reichshälfte. Die Kapitel über die Vereine etc. in den einzelnen Kronländern (bzw. eigentlich Gruppen von Kronländern), welche von AutorInnen aus mehreren Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie verfasst wurden, erlauben es, die unterschiedlich verlaufenden Prozesse der nationalen Differenzierung der Zivilgesellschaften und die Übergänge von der Parteien- zur Massendemokratie im Detail zu verfolgen.

Der zweite Teilband widmet sich der „Presse als Faktor der politischen Mobilisierung“.

Kurt Paupiés „Handbuch der österreichischen Presse“, 1966 erschienen, war der erste Versuch, die Entwicklung der öffentlichen Meinung von 1848 bis zur Gegenwart wissenschaftlich darzustellen. Ein Gesamtbild zu entwerfen, das die weite Medienlandschaft der Habsburgermonarchie einschloss, entzog sich nach Lage der damaligen Forschung seinen Möglichkeiten; der Verfasser musste sich vielmehr bei seinen Recherchen auf das Gebiet des heutigen Österreich beschränken. Sein Anspruch war bescheiden: Er begriff sein Werk als „notwendige Vorarbeit zu einer noch fehlenden österreichischen Pressegeschichte“.

Wesentlich anspruchsvoller ist die vorliegende Untersuchung; zwar ist sie (entsprechend dem programmatischen Titel der Reihe) auf den Zeitraum 1848 bis 1918 beschränkt, thematisiert aber nicht allein die deutschösterreichische oder deutschsprachige, sondern darüber hinaus auch die nichtdeutsche

Presse der Kronländer. Diese grenzüberschreitende Perspektive zu eröffnen, wurde nicht zuletzt durch die Mitarbeit von Wissenschaftlern aus den Nachfolgestaaten der Monarchie ermöglicht.

Grundlage der medialen Entwicklung war das Presserecht, das, wie begründet angemerkt wird, als „angewandtes Verfassungsrecht“ zu begreifen ist. Zwischen der vormärzlichen Zensurpraxis Metternichs und der rigorosen Militäzensur während des Ersten Weltkriegs war das Presserecht extremen Schwankungen unterworfen: Ausgehend von einer ungezügelten Presse während der Revolution, führte der Weg durch die „die journalistische Friedhofsruhe“ zur Zeit des Neoabsolutismus erst 1862 und 1867 zu einem moderat liberalen Presserecht, das im Wesentlichen bis 1914 galt.

Auf diesem, einem schwankenden und begrenzten Rechtsgrund entwickelte sich das österreichisch-ungarische Pressewesen – zunächst in Großstädten wie Wien, Prag oder Pest, später auch infolge zunehmender allgemeiner Bildung, von Urbanisierung und Industrialisierung in kleineren. Nicht weniger als 3.400 Zeitungen und Zeitschriften, die zwischen 1848 und 1918 in dreizehn Sprachen erschienen, wurden im vorliegenden Band registriert und untersucht. Die, gemessen an heutigen Verhältnissen, unglaubliche Vielfalt an Presseerzeugnissen mag verblüffen. Freilich waren viele von ihnen kurzlebig, weitaus die meisten Lokal- und Regionalblätter mit bescheidener Auflage, die wenigsten nach ökonomischen Grundsätzen geführt; allesamt waren meinungsbildend, stellten bis in die entferntesten Provinzen des Reiches Öffentlichkeit her, kurz, sie bestimmten einen erheblichen „Faktor der politischen Mobili-

sierung“. Sie waren nicht nur Ausdruck politischer Parteien, sie begünstigten und begründeten deren Bildung.

Dass der überregionalen, der reichsweiten Presse (Neue Freie Presse, Neues Wiener Tagblatt, Neues Wiener Journal, Pester Lloyd, Bohemia, Vaterland, Arbeiter-Zeitung und Reichspost) ein eigenes Kapitel eingeräumt wird, versteht sich, obwohl es zu diesen Blättern zum Teil profunde monographische Untersuchungen gibt. Den Hauptteil des Buches aber machen die

Kapitel über das nationale Pressewesen der diversen Völker und Sprachgruppen in der Monarchie aus. Er ist weniger analytisch gearbeitet als vielmehr deskriptiv und, durch die Konzentration auf das Faktische, im höchsten Maße aufschlussreich.

Zusammenfassend lässt sich über dieses Werk sagen: Es überzeugt durch die Fülle an Informationen und Hinweisen auf Sekundärliteratur, die zweifellos zu weiterführenden Arbeiten anleiten werden.

Michael Mesch, Eckart Früh